

Erklärung — Mehrwertsteuer und zollfreier Verkauf

(10. Dezember 1991)

1. Während der Paritätische Ausschuß eine Gemeinschaft ohne Binnengrenzen unterstützt, zeigt er sich weiterhin besorgt darüber, daß die geplanten Veränderungen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer und dem zollfreien Verkauf die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrtsunternehmen der EG negativ beeinflussen und zu einem Verlust an Arbeitsplätzen für EG-Seeleute führen werden. Diese Besorgnis wird gegenüber dem Rat, der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß ausgedrückt, die die Notwendigkeit einer Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrtsunternehmen der EG sowie einer Förderung der Beschäftigung anerkannt haben.

2. Insbesondere ist der Ausschuß der Ansicht, daß die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Passagiertarife folgende Auswirkungen haben würde:

- Die Passagiertarife müßten erhöht werden, da die Mehrwertsteuer zum Fahrpreis hinzugerechnet würde; die Schifffahrtsunternehmen müßten die zusätzlichen Verwaltungs- und Betriebskosten tragen.
- Technische Schwierigkeiten würden sich hinsichtlich der Reisen, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gemeinschaft stattfinden (beispielsweise Kreuzfahrten und bestimmte Fährdienste) sowie der Rückreisen ergeben, bei denen die Hinreise und die Rückreise möglicherweise unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen unterliegen.
- Sollte die Einrichtung zur Eintreibung der Steuer von Schifffahrtsunternehmen aus Drittländern, die zwischen EG-Hä-

fen fahren, nicht funktionieren, würde dies erhebliche Nachteile für die EG-Operateure mit sich bringen.

3. Die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Schifffahrtsgeschäfte einschließlich Fracht würde auch für die Industrie insbesondere folgende Probleme mit sich bringen:

- Die Erhebung der Mehrwertsteuer sowohl auf Versorgungsgüter für Schiffe usw. ... als auch auf die Frachtsätze würde erhebliche verwaltungstechnische Belastungen für die Schifffahrtsgesellschaften mit sich bringen sowie von geringem Nutzen für die Regierungen, die Kommission oder die Verbraucher sein.
- Komplikationen würden sich für den Sektor aufgrund der Schwierigkeit ergeben, den Handel innerhalb der Gemeinschaft vom Handel außerhalb der Gemeinschaft zu trennen und sicherzustellen, daß die Maßnahmen bei Reedereien aus Drittländern angewandt werden, die keine Niederlassung in der Gemeinschaft haben.
- Während bestätigt wird, daß die erhobene Mehrwertsteuer beigetrieben werden kann, könnten Cash-flow-Probleme insbesondere im Zusammenhang von Transaktionen mit erheblichen Summen auftreten. Der Kauf eines Schiffes für Summen zwischen 5 Millionen Dollar und 100 Millionen Dollar oder mehr ist hierfür ein Beispiel.

4. Die vorgeschlagene Abschaffung des zollfreien Verkaufs wird auch erhebliche negative Auswirkungen für die Beschäftigten, die Verbraucher und die Wirtschafts-

kraft zahlreicher Schiffahrtsgesellschaften der EG haben. Der Paritätische Ausschuß führt eine Reihe von Auswirkungen auf:

- Der zollfreie Verkauf stellt einen erheblichen und integrierenden Bestandteil der Einkommensstruktur für die Schiffahrtsgesellschaften im Fährschiffsektor dar, insbesondere durch Gewährleistung der Rentabilität und Qualität ihrer derzeitigen Dienstleistungen.
- Als Ausgleich für die Abschaffung dieser Einkommensquelle müßten die Fährschiffgesellschaften die Passagiarife um bis zu 25 % anheben. Auf einigen kurzen Transportstrecken würde diese Zahl sogar noch höher sein. Verbesserte Marketingtechniken an Bord könnten diesen Verlust nicht ausgleichen.
- Eine derartige Erhöhung der Fahrpreise würde die Reisenden abschrecken und dem Seeverkehr wirtschaftlich schaden. Allein auf der Schiffahrtslinie über den

Kanal würden mehr als 20 Millionen Passagiere den Schaden zu spüren bekommen.

5. Der Paritätische Ausschuß unterstützt nachdrücklich die vor kurzem durchgeführte Abstimmung des Europäischen Parlaments, wonach die Kommission einen Bericht über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Vollendung des Binnenmarktes für den zollfreien Verkauf ausarbeiten sollte. Der Ausschuß ist davon überzeugt, daß ein solcher Bericht die Beibehaltung des zollfreien Verkaufs rechtfertigen würde.
6. Die Seeleute der Europäischen Gemeinschaft unterstützen den Vorschlag zur Vereinbarung, daß die betroffenen Schiffe Mannschaften bekommen sollen, die vollständig aus Staatsangehörigen der Europäischen Gemeinschaft bestehen. Die Reeder der EG nehmen einen anderen Standpunkt ein, sind jedoch in jedem Falle der Ansicht, daß die Frage der Bemannung nicht mit der Frage der Mehrwertsteuer und/oder des zollfreien Verkaufs zusammenhängt.

